

Der Markt regelt gar nichts!

**autoritärer
Umverteilungsstaat**

**demokratischer
Sozialstaat**

Solidarisch aus der Corona-Krise?
Pascal Meiser

Alle reden von Solidarität ...
Ulrike Eifler

Sozialstaat muss man sich leisten wollen
Susanne Ferschl

Schutzschirm für Beschäftigte und Klima
Bernd Riexinger

Demokratie im Ausnahmezustand
Ulrike Eifler

Was heißt neue Normalität aus linker Sicht?
Jana Seppelt

Mobilitätswende statt Arbeitsplatzvernichtung
Stephan Krull

Wofür streiten im Gesundheitswesen?
Kalle Kunkel

Corona-Lotterie – Wer gewinnt und wer verliert?
Christian Christen

Plädoyer für kürzere Arbeitszeiten in der Pflege
Jan Richter

Beschlusslage Vier-Tage-Woche
Ulrike Eifler

Die Europäische Linke (EL) und die Coronakrise
Heinz Bierbaum

Solidarisch aus der Corona-Krise?

Pascal Meiser

Die Corona-Krise hat für die Beschäftigten in Deutschland höchst unterschiedliche Folgen mit sich gebracht. Auf der einen Seite die Millionen, die meist unter drastischen Einkommenseinbußen auf Kurzarbeit Null gesetzt wurden. Hunderttausende haben sogar bereits ihren Job verloren. Es ist zu befürchten, dass diese Zahl weiter steigt, schaut man sich allein die Stellenabbaupläne bei Lufthansa, Galeria Kaufhof Karstadt, Daimler oder BMW an.

DIE LINKE wird die hier anstehenden Abwehrkämpfe aktiv unterstützen. Auch mit konkreten parlamentarischen Initiativen: vom Verbot der Massenentlassungen in profitablen Unternehmen über die Bindung von staatlicher Unterstützung an Beschäftigungssicherung bis hin zu einem höheren Kurzarbeitergeld und einer besseren Absicherung all derjenigen, die jetzt unverschuldet in der Arbeitslosigkeit landen.

Auf der anderen Seite stehen diejenigen, die während der Krise bis zum Anschlag und darüber hinaus ackern mussten: in den Supermärkten, in der Paketzustellung, in der Gebäudereinigung und vielerorts mehr. Sie gelten inzwischen als systemrelevant – und doch werden viel zu viele von ihnen weiter miserabel bezahlt.

Es bleibt zu hoffen, dass diese Beschäftigten unter dem Eindruck der gestiegenen Aufmerksamkeit das notwendige Selbstbewusstsein entwickeln, offensiv für höhere Löhne einzutreten. DIE LINKE wird dafür auch im Deutschen Bundestag weiter Druck machen: für gesetzlich garantierte, arbeitgeberfinanzierte Erschwerniszulagen für die Zeit der Corona-Pandemie, für einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 12 Euro sowie für eine Stärkung der Tarifbindung, insbesondere durch die Erleichterung der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen.

Schließlich hat die Krise auch gezeigt, wie wichtig eine starke öffentliche Infrastruktur ist, um Herausforderungen wie die einer weltweiten Pandemie bewältigen zu können. Insbesondere in der Krankenpflege sind die verheerenden Folgen einer rücksichtslosen Kürzungspolitik deutlich geworden. Auch in den Schulen hat sich gezeigt, was passiert, wenn Kürzungsdiktate notwendige öffentliche Investitionen verhindern: Schulen, Lehrkräften wie auch Schülerinnen und Schülern fehlen nicht selten grundlegende Voraussetzungen für onlinebasiertes Lernen.

Doch werden jetzt die richtigen Lehren gezogen? Oder wird angesichts milliardenschwerer Hilfsprogramme und einbrechender Steuereinnahmen der Kürzungsdruck auf die öffentlichen Ausgaben zunehmen? Die anstehenden Tarifauseinandersetzungen im Öffentlichen Dienst werden hier einen ersten Fingerzeig liefern.

Für uns als DIE LINKE ist klar: Solidarisch kommen wir durch solche Krisen nur mit einer starken öffentlichen Infrastruktur mit gut qualifiziertem und gut bezahltem Personal. Ein Hineinsparen in die nächste Krise wäre fatal. Stattdessen muss das Geld bei denjenigen geholt werden, die in den letzten Jahrzehnten millionen- und milliardenschwere Vermögen angehäuft haben. Letztlich wird es auch hier um die eine zentrale Frage gehen: Wer bezahlt eigentlich am Ende für diese Krise historischen Ausmaßes? ■



Pascal Meiser ist gewerkschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Bundestag.

■ Zur Sache:

Alle reden von Solidarität ...

Ulrike Eifler

In der Corona-Pandemie war ein Wort allgegenwärtig: Solidarität. Doch hinter den Appellen für gegenseitige Rücksichtnahme verbarg sich vor allem Individualisierung. Der einzelne war auf sich selbst zurückgeworfen. Eltern wurden mit der Betreuung ihrer Kinder allein gelassen, während Spielplätze, Schwimmbäder, Sportvereine und Kinos dicht machen mussten. Schüler zu autodidaktischem Lernen gezwungen, obwohl die Schule sie nie darauf vorbereitet hatte. Tafeln geschlossen, Gottesdienste abgesagt. Für den zwischenmenschlichen Umgang wurde eine Zwei-Meter-Distanz festgelegt. Umarmungen zum Gruß, Trost oder Mutmachen gestrichen und das Lächeln hinter Atemschutzmasken gezwängt.

Virologen gaben und geben den Takt für politisches Handeln vor. Dabei hätten Sozialmediziner so viel mehr zu erzählen: Über die Folgen der sozialen Isolation in Altenheimen oder auf Krebsstationen, über die Opfer der häuslichen Gewalt, die Nöte der Arbeitslosen und die Existenzängste derjenigen, die noch Arbeit haben. Ihre Berichte würden jedoch ein politisches Handeln mit einer deutlichen Abkehr vom neoliberalen Kurs der letzten Jahre nötig machen: Die höhere Personalbemessung in Krankenhäusern ebenso wie den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, kleinere Schulklassen ebenso wie ein gut ausgestatteter öffentlicher Dienst. Berücksichtigte man das Votum der Sozialmediziner, wäre der Markt in weiten Teilen der Gesellschaft nicht mehr das alles bestimmende Element.

All das zeigt, wie dringlich eine Abkehr vom Neoliberalismus der letzten Jahre wäre. Der Kapitalismus steckt in seinen ökonomischen, sozialen, ökologischen und demokratischen Widersprüchen derart fest, dass sich sehr grundsätzlich Fragen nach gesellschaftlichen Alternativen stellen. Der linksliberale Journalist Jakob Augstein schrieb kürzlich, dass wir auf dem Weg in das Zeitalter der totalen Medizin seien und fragte, ob Maßnahmen für Keimfreiheit und Seuchenresistenz eine Gesellschaft lebenswert machten. Augstein ging es keineswegs darum, die Gefährlichkeit des Virus zu leugnen. Vielmehr versuchte er darauf hinzuweisen, wie sehr sich die Gesellschaft unter dem Eindruck des Virus zum Negativen verändert und dass es nicht etwa das Virus, sondern die politischen Maßnahmen sind, die uns in eine gesellschaftliche Katastrophe manövrieren. Das Handeln der Bundesregierung braucht Opposition von links. Dabei muss sich die Kritik an den Verhältnissen mit der Vision von einer lebenswerten Gesellschaft verbinden. Letztlich ist es ein Kampf um Kräfteverhältnisse und um die Frage, ob wir endlich den Weg aus dieser rücksichtslosen Gesellschaft herausfinden, die Schwächere bedenkenlos zurücklässt. Und ob wir hineinfinden in eine Gesellschaft echter sozialer Gerechtigkeit und gegenseitiger Solidarität. ■



Ulrike Eifler ist
Bundessprecherin der
AG Betrieb & Gewerkschaft.



FOTO: FERNANDOZHIMACELA/PIXABAY

Sozialstaat muss man sich leisten wollen

Susanne Ferschl

Der Arbeitslosenversicherung geht vermutlich das Geld aus. Die Rücklagen der Bundesagentur für Arbeit (BA) in Höhe von knapp 26 Mrd. Euro schmelzen angesichts millionenfacher Kurzarbeit wie Eis in der Sonne. Rückblickend erweist sich die dreimalige Absenkung des Beitragssatzes allein in dieser Legislatur als neoliberale Symbolpolitik. Sie bescherte den Beschäftigten durchschnittlich eine Entlastung von 9 Euro im Monat, während sie in den Bilanzen von Großunternehmen ordentlich zu Buche schlagen dürfte. Die Bundesregierung schätzt die Mindereinnahmen durch diese Senkungen auf deutlich mehr als fünf Mrd. Euro pro Jahr. Im März gab es von der Regierung ein weiteres großzügiges Geschenk an die Unternehmen: Die komplette Erstattung der Sozialbeiträge bei Kurzarbeit – ohne Bedingungen, aber in der Hoffnung, Arbeitsplätze zu retten. Das beschleunigte das Abschmelzen der Rücklagen bei gleichzeitig steigender Arbeitslosigkeit.

Sozialversicherungen geplündert

Lange vor Corona wurden unsere Sicherungssysteme zugunsten privater Profite systematisch geschwächt, etwa durch Niedriglöhne infolge sinkender Tarifbindung oder unbezahlte Überstunden. Allein der Mindestlohnbetrug führte nach Schätzung des DGB in den letzten fünf Jahren zu Mindereinnahmen von 8,1 Mrd. Euro. Es zeichnet sich immer deutlicher ab, dass der Staat Steuergeld zuschießen muss. Die BA geht von 4,7 Mrd. Euro für die Arbeitslosenversicherung aus. Exakt die Summe, die durch die Beitragssenkungen im letzten Jahr verloren ging. Statt aber die Versicherungssysteme wirksam zu stärken und deren Schutzfunktion auszubauen, gehen aktuelle Vorschläge in eine andere Richtung, z.B. Unternehmen bei Neueinstellungen die Sozialbeiträge ganz zu erlassen. Im aktuellen Konjunk-



Susanne Ferschl ist Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

turpaket gibt es die »Sozialgarantie 2021«. Sozialbeiträge werden bis 2021 bei maximal 40 Prozent gedeckelt und zusätzliche Finanzbedarfe aus dem Bundeshaushalt gedeckt. Vorschläge im Geiste einer neoliberalen Lohnnebenkosten-Debatte, die so durchschaubar wie falsch sind.

Mehr Brutto für mehr Netto

Versicherungsbeiträge sind keine neben dem Lohn anfallenden Kosten, sondern Bestandteil des Bruttolohns, der für die solidarische Absicherung von Risiken wie Krankheit oder Arbeitslosigkeit aufgewendet und von den Beschäftigten selbst erwirtschaftet wird. Als Lohnnebenkosten stehen die Sozialbeiträge seit Jahrzehnten unter Beschuss der Unternehmenslobby, die diese, wie auch die Löhne selbst, drücken wollen. Der nun vorgesehene Steuerzuschuss in die Sozialversicherungssysteme ist ein haushaltsrelevanter Posten. Angesichts einbrechender Steuereinnahmen – allein die Senkung der Mehrwertsteuer reißt ein Loch von 20 Mrd. Euro – wird sich der Spardruck erhöhen und die Verteilungskämpfe werden zunehmen. Zu befürchten ist, dass dann am Leistungsniveau der Versicherungen gespart wird, was deren ohnehin angeschlagene Glaubwürdigkeit und Legitimität weiter schwächt.

Schon heute sind die Leistungen bei Arbeitslosigkeit viel zu niedrig. Im Gegensatz zu Beitragssenkungen würden Beschäftigte von einer Ausweitung der Schutzfunktion profitieren. Für die Arbeitslosenversicherung heißt das, dass das Arbeitslosengeld deutlich höher, früher greifen und länger gezahlt werden muss. Um die sozialen Sicherungssysteme gegen Angriffe der Arbeitgeberlobby zu verteidigen und auszubauen, muss die Finanzierung gerechter werden. Heißt konkret: Starke Schultern sind stärker zu beteiligen – die Parität ist schließlich nicht in Stein gemeißelt. Soziale Sicherheit ist auch in Zukunft finanzierbar, es kommt auf den politischen Willen an. ■

Wirtschaft – mitbestimmt!?

Wirtschaftliche Mitbestimmung in Zeiten der großen Umbrüche der Arbeitswelt

Bundesweite Konferenz für Betriebs- und Personalräte sowie weitere aktive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter

Deutscher Bundestag, Berlin, Veranstalterin: Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Freitag, 20. November 2020, 11 bis 17.30 Uhr

Unter anderem mit dabei:

Frank Werneke, Vorsitzender ver.di

Dr. Manuela Maschke, Institut für Mitbestimmung und Unternehmensführung

Florian Azirovic, Wissenschaftlicher Mitarbeiter Gesamtbetriebsrat DB Cargo AG

Thomas Berger, Fachanwalt für Arbeitsrecht

Orry Mittenmayer, Initiative „Lieferrn-am-Limit“

Ralf Scholten, Fachanwalt für Arbeitsrecht

Christine Seemann, Betriebsrat Salzgitter Flachstahl GmbH & Aufsichtsrat der Salzgitter AG

Anja Shakunle, Betriebsratsvorsitzende Lebenshilfe in der Schule gGmbH

sowie die Bundestagsabgeordneten **Amira Mohamed Ali**, **Susanne Ferschl**, **Pascal Meiser**, **Jutta Krellmann**, **Jessica Tatti** und **Alexander Ulrich**.

Die Freistellung nach §37 Abs. 7 BetrVG (II B 24 – 4413 S -35/20) sowie § 46 Abs. 7 BPersVG (FBF-3552/2020-149) ist beantragt.

Eine Einladung mit dem detaillierten Programm findet sich in absehbarer Zeit unter <http://www.linksfraktion.de/termine>.



FOTO: OLEG GAVILINSKIY / PIXABAY

Schutzschirm für Beschäftigte und Klima

Bernd Riexinger

Wir schlittern in die schwerste Wirtschaftskrise seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Das Konjunkturprogramm der Bundesregierung ist eine verpasste Chance. Auch weil sie nicht die richtigen Weichen stellt, müssen wir uns auf eine längere Krise einstellen. In den nächsten Monaten wird es darum gehen, ob Einkommen und Arbeitsplätze gesichert werden können. Es wird energische Gegenwehr brauchen, um zu verhindern, dass die Kosten der Krise auf die Beschäftigten und die Gesellschaft abgewälzt werden.

Angriffe auf Arbeitszeitgesetze, die Rente oder kommunale Haushalte werden höchstens bis nach der Bundestagswahl auf sich warten lassen. Bei der Tarifrunde im Öffentlichen Dienst muss sich ver.di schon früh auf scharfen Gegenwind einrichten. Wir sollten sie von vornherein als eine gesellschaftliche Richtungsauseinandersetzung verstehen und Streiks mit Aktivitäten sozialer Bündnisse unterstützen. Denn obwohl die sogenannten „systemrelevanten Berufsgruppen“ unsere Gesellschaft durch diese Krise bringen, gab es statt besserer Bezahlung für sie bisher nur Beifall, längere Arbeitszeiten und mehr Stress. Investitionen in den Bau bezahlbarer Wohnungen, in kostenfreie Ganztagsbetreuung und mehr Personal für Kitas und Schulen wären gerade jetzt in ihrem Interesse.

Einmal mehr wird zudem die prekäre Situation der Leiharbeiter in der Industrie, der Werkvertrager, Mini-Jobberinnen und Solo-Selbständigen



Bernd Riexinger ist einer der beiden Vorsitzenden der Partei DIE LINKE

in Tourismus, Gastronomie oder den Bereichen Kultur und Weiterbildung deutlich. Nur mit flächendeckenden Tarifverträgen und einer anderen Wirtschaftspolitik wird sich daran etwas ändern. Das deutsche Exportmodell ist ins Stottern geraten. Teile der Konzerne versuchen, technologische Transformationen auf dem Rücken der Beschäftigten durchzusetzen. Dagegen hilft nur Widerstand. Ohne eine aktive Industriepolitik, die einen ökologischen Umbau der Produktion mit Arbeitsplatz- und Beschäftigungsgarantien verbindet, drohen Entlassungen.

Geht es „der Wirtschaft“ schlecht, leiden zuerst diejenigen, die keine Rücklagen bilden können, um Krisen abzufedern. Geht es „der Wirtschaft“ gut, profitieren davon jedoch längst nicht alle. Blindes Wirtschaftswachstum wiederum geht auf Kosten des Klimas und der Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder.

Der Teufelskreis kann durchbrochen werden. Wir brauchen eine Alternative, die geeignet ist, eine Mehrheit der Menschen zu überzeugen, zu begeistern und neue Bündnisse auf den Weg zu bringen, die notwendig sind, um im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 gesellschaftlichen Druck aufzubauen. Der Kerngedanke unseres Vorschlages eines linken Green New Deal ist einfach erklärt: Keine Arbeiterin und kein Arbeiter darf gezwungen werden, sich zwischen einem gut bezahlten Arbeitsplatz und der Zukunft ihrer Kinder entscheiden zu müssen. Wir können das Klima nur retten, indem wir in sinnvolle Arbeit und soziale Sicherheit investieren und dabei den klimaneutralen Umbau von Wirtschaft und Infrastruktur voranbringen.

Notwendig ist ein Schulterschluss von Gewerkschaften, Sozialverbänden, Klimabewegung und anderen sozialen Bewegungen. Für höhere Löhne, gute Arbeit und soziale Absicherung. Millionen sinnvolle und klimaneutrale Arbeitsplätze können durch den Ausbau von Pflege, Bildung, Wohnungsbau geschaffen werden. Durch eine sozial-ökologische Energie- und Mobilitätswende und den ökologischen Umbau der Industrie. Unsere Gesellschaft ist reich genug, um solche massiven Investitionen zu stemmen. Mit einer gerechten Besteuerung der Multi-Millionäre und Unternehmensgewinne. In Zeiten von Rassismus und rechter Gewalt muss sich ein solches Bündnis für unteilbare Solidarität, für bessere und gleiche Arbeits- und Lebensbedingungen einsetzen.

In den letzten Wochen haben Politiker von CDU und SPD fleißig Beifall geklatscht für Pflegekräfte, aber nichts getan für gerechte Bezahlung und mehr Personal. Angesagt sind 500 Euro mehr im Monat, sofort! Als Einstieg in eine Aufwertung und gerechte Bezahlung in den Gesundheitsberufen insgesamt. Die Corona-Krise sollte für alle zu einem Weckruf werden. Mit Gesundheitsversorgung und Pflege darf kein Profit mehr gemacht werden! Die Fallpauschalen müssen abgeschafft werden, die Finanzierung von Krankenhäusern ist eine Frage des Gemeinwohls. Für höhere Löhne, mehr Personal und eine gerechte Finanzierung des Gesundheitssystems lassen sich gesellschaftliche Mehrheiten gewinnen. Im Herbst wollen wir im Rahmen der Kampagne der LINKEN gegen den Pflegenotstand erste Aktionen gemeinsam mit Bündnispartnern starten. ■



FOTO: BUNDESARCHIV / WALTER HELIG / CC-BY-SA 3.0

Demokratie im Ausnahmezustand

Ulrike Eifler

Im Jahr 1949 sagte der kommunistische Abgeordnete Max Reimann bei der Verkündung des Grundgesetzes: „Wir unterschreiben nicht. Es wird jedoch der Tag kommen, da wir Kommunisten dieses Grundgesetz gegen die verteidigen werden, die es angenommen haben.“ Siebzig Jahre später zeigt sich, wie sehr das Gesetz, nicht zuletzt auch eine Reaktion auf den Nationalsozialismus, den Schutz von links braucht. Widerstandslos wurden unter dem Eindruck der Corona-Pandemie die allgemeine Handlungsfreiheit und das Versammlungsrecht eingeschränkt. Notparlamente eingerichtet. Das Föderalismusprinzip zum „Stresstest“ erklärt und mehr als 32.000 Bundeswehrsoldaten im Landesinneren eingesetzt. Für all diese Maßnahmen hatte die Bundesregierung zeitweise 95 Prozent Zustimmung.

Notwendig waren die Maßnahmen vor allem deshalb, weil nach zwanzig Jahren neoliberaler Kürzungspolitik Busse und Bahnen schlicht zu voll waren, um Abstand zu halten. In den Schulen gab es zu wenige Lehrer, um die Klassen zu teilen und in den Krankenhäusern fehlte es an Betten. Die öffentliche Infrastruktur war durch den jahrzehntelangen Ausverkauf an den Rand der Belastbarkeit gedrückt worden. Vor diesem Hintergrund markierten die Einschränkungen vor allem ein neoliberales Weiter so. Denn anstatt die Arbeitsbedingungen in der Pflege zu verbessern und dadurch die bundesweit 400.000 Pflegekräfte zurückzugewinnen, die ihren Beruf aufgrund der hohen Arbeitsbelastung gewechselt hatten, versuchte Gesundheitsminister Spahn Pflegekräfte aus Mexiko anzuwerben.

Das Festhalten an neoliberalen Politikkonzepten und die Grundrechteeinschränkungen stehen in einem engen Zusammenhang. Deutlicher denn je zeigt sich: Je mehr sich Krisen zuspitzen, desto offener wird das Spannungsverhältnis von Kapitalismus und Demokratie: Auf Dauer ist der Kapitalismus nicht grundgesetzkompatibel, sondern demokratiegefährdend. Er steht für Kriegsgefahr, Armut und Klimakollaps. Doch im Unterschied zur Achtung der Menschenwürde, sozialen Sicherheit und demokratischen Entwicklung ist er als System im Grundgesetz nicht festgeschrieben. Einen dauerhaften Schutz des Grundgesetzes wird es wohl ohne Systemwechsel nicht geben. ■



Was heißt neue Normalität aus linker Sicht?

Jana Seppelt

Im April dieses Jahres veröffentlichte der Einladerkreis Offensive Gewerkschaftspolitik der IG Metall sein Diskussionspapier „Die Renaissance des Staates“. Ziel des Papiers ist es, Diskussionen innerhalb der IG Metall und anderer Gewerkschaften darüber anzustoßen, wie wir angesichts der aktuellen „Corona-Krise“ die Auseinandersetzung um den weiteren gesellschaftlichen Entwicklungsweg führen, um zu einer neuen Normalität aus linker Sicht kommen.

Zwei Entwicklungswege

So zeichnen sich in der aktuellen Entwicklung zwei Wege ab: Ein autoritärer, auf Umverteilung zu Lasten der Beschäftigten zielender Staat einerseits und ein sozialstaatlich ausgerichteter, demokratischer Weg andererseits.

Autoritäre Züge in der Entwicklung sind dabei die Einschränkung der Grundrechte, eine neue entdemokratisierte Betriebskultur mit starken Vereinzelungstendenzen und einer Zwei-Klassen-Logik (u. a. Homeoffice auf der einen Seite, Produktion unter bedenklichen Hygienebedingungen auf der anderen) und die massive Umverteilung zur Stützung der Unternehmen, die in der Vergangenheit zum Teil hohe Renditen eingefahren haben. Diesen wird das Unternehmerrisiko durch die Kurzarbeit vollständig abgenommen, während das Kurzarbeitergeld selbst nach der Erhöhung unzureichend bleibt.

Gleichzeitig ist in wirtschafts- und finanzpolitischer Hinsicht ein zumindest teilweiser Bruch mit der bisherigen Politik erkennbar. So wird die Schuldenbremse kritisch diskutiert und die „schwarze Null“ zumindest ausgesetzt und auf Bundes- wie europäischer Ebene Sonderprogramme in dreistelliger Milliardenhöhe aufgelegt, um die Krisenfolgen abzuschwächen. Kurz: Ein Eingeständnis, dass die Anwendung der Prinzipien des Marktes nicht geeignet ist, die gesellschaftliche Entwicklung unter den aktuellen Bedingungen zu befördern.

Eine neue linke Normalität schaffen

Die Autor*innen plädieren dafür, dass Gewerkschaften sich stärker in die ideologische Auseinandersetzung einbringen sollten, welche Elemente der



Jana Seppelt ist Gewerkschaftssekretärin in Berlin und Bundessprecherin der AG Betrieb & Gewerkschaft.

aktuellen Politik prägend für die Gesellschaft nach der Krise sein sollen. Konfrontiert mit einer Situation, die neben höherer Arbeitslosigkeit und höherer Staatsverschuldung mit Rückkehr zur schwarzen Null von einer – zumindest in Teilen – geschwächten Wirtschaft und neuen autoritären Strukturen gekennzeichnet ist, müssen die sozialstaatlichen Elemente der Entwicklung verstärkt gestärkt und demokratische Strukturen verteidigt und ausgebaut werden.

Die Forderungen der Autor*innen umfassen neben Elementen sozial-ökologischer Transformation und Konversion der Automobilindustrie, einer Politik der Umverteilung von oben nach unten auch die Umsteuerung in der sozialen Daseinsvorsorge und den Gesundheitssystemen und eine neue europäische Solidarität in und nach der Krise. Einige konkrete Vorschläge:

- Eine Vermögensabgabe analog des Lastenausgleich 1952 zu erheben.
- Das Kurzarbeiter- und Arbeitslosengeld zu erhöhen, ebenso die Sozialleistungen.
- Die gesetzliche Personalbemessung einzuführen und die Finanzierung im Gesundheitssystem neu zu ordnen.
- Den Rüstungsetat einzufrieren bzw. abzubauen.
- Ein sozial-ökologisches Beschäftigungsprogramm aufzulegen.

Es lohnt sich, die Forderungen in gewerkschaftlichen Gremien und Parteistrukturen zu diskutieren und zu ergänzen. Warum nicht bei Rettungspaketen fordern, dass der Staat als aktiver Teilhaber von Kreditnehmern verlangt, Arbeitersausschüsse in die betriebliche Mitbestimmung einzubinden? Warum nicht die Arbeitszeitausweitung rückabwickeln und das Arbeitszeitgesetz verbessern? Warum nicht fordern, dass das Kurzarbeitergeld auch an Bedingungen für die Unternehmen gebunden sein muss (keine Dividendenausschüttung, Darstellung der Bedürftigkeit der Unternehmen bis hin zur Öffnung der Geschäftsbücher)? Wie können wir Privatisierungsbremsen im kommunalen Bereich einführen? Warum nicht das Kündigungsschutzgesetz im Sinne der Beschäftigten verbessern?

Es lohnt sich, die Forderungen in den Branchen zu diskutieren und anzupassen. Klar ist, dass es in den Branchen unterschiedliche Betroffenheit gibt: Die einen sind von Kurzarbeit und Entlassungen geprägt, andere von zunehmenden Spardruck. Wieder andere florieren in unfassbarem Ausmaß (u.a. Amazon), allerdings stehen dort Beschäftigtenrechte und Ökologie nun wirklich nicht auf der Tagesordnung. Die Bedingungen sind nicht unbedingt besser geworden, um sozial-ökologische Transformation durchzusetzen, allerdings haben wir durchaus festgestellt, dass der Staat sehr wohl eine offensive Finanz- und Wirtschaftspolitik machen kann, wenn er will.

Für eine aktive Diskussion und gemeinsame Aktivitäten

Klar ist, dass Gewerkschaften die Aufgabe haben, die unmittelbare Interessenvertretung der Beschäftigten zu sichern. Klar ist, dass in und nach der Krise die individuelle Vertretung bei Kündigungen und Kurzarbeit oder die Organisierung kollektiver Kämpfe für bessere Arbeitsbedingungen oder die Abwendung von Betriebsschließungen sowie die Durchsetzung eines Gesundheitsschutzes für Alle viele Ressourcen bindet. Doch viele gute Ansätze und Diskussionen werden verpuffen, wenn wir es nicht schaffen, innerhalb unserer Gewerkschaften, aber auch gewerkschaftsübergreifend in Bündnissen mit anderen sozialen Bewegungen eine Verständigung über die zentralen Punkte einer neuen linken Normalität zu erreichen und diese auch kampagnenförmig in die Welt zu bringen.

Man kann gespannt sein, welche Ergebnisse die IG Metall interne Diskussion bringt. Noch viel wichtiger scheint mir, aktiv an der Diskussion teilzunehmen und an einer Verständigung mitzuwirken – in den eigenen Gremien und Gewerkschaften, aber auch gewerkschaftsübergreifend in betrieb&gewerkschaft oder im Rahmen der gewerkschaftlichen Vernetzung der Rosa-Luxemburg-Stiftung. ■

Links und Kontakte

PDF
[„Die Renaissance des Staates“](#)

[Vernetzung Offensive Gewerkschaftspolitik in der IG Metall](#)

[Kontakt](#)
info@offensive-gewerkschaftspolitik.de

Referentin
 Gewerkschaftliche Erneuerung:
 Fanny Zeise
[E-Mail: fanny.zeise@rosalux.org](mailto:fanny.zeise@rosalux.org)



FOTO: FALCO/PIXABAY

Autoindustrie: Mobilitätswende statt Arbeitsplatzvernichtung

Stephan Krull

Die Krise der Auto- und Zulieferindustrie ist unübersehbar. Weltweit sinkt der Absatz seit Jahren. In Deutschland lag die Produktion im letzten Jahr um 300.000 Fahrzeuge unter dem Niveau des Krisenjahres 2009. Corona hat diese Krise nun enorm beschleunigt. Die Zulassungen im Inland sanken im April um 60 Prozent, in den ersten fünf Monaten in der EU um fast 50 Prozent. Millionen Fahrzeuge stehen unverkauft bei den Händlern und in den Werken. Es geht jetzt um hunderttausende Autos, die nicht gebaut werden. Drastisch sinkt die Auslastung der Fabriken, dramatisch hoch sind die Personalüberhänge. Für eine Ökonomie, die nur auf Wachstum gepolt ist, ist das eine Katastrophe. Viele kleine und mittelgroße Unternehmen haben schon Beschäftigte entlassen, Standorte geschlossen oder Insolvenz angemeldet.

Die verweigernde Mobilitätswende kostet jetzt Arbeitsplätze.

Der Kahlschlag greift um sich: Conti, Schaeffler, ZF, Mahle, Schuler, Eisenmann, Brose, Siemens, Voith, IFA, Veritas, Finoba, Flabeg, Schlemmer und viele kleine, namenlose mehr. „Bosch nutzt Corona, um die Personalkosten zu senken“ sagt der Betriebsratsvorsitzende des Werkes in Bietigheim, das geschlossen werden soll wie die Werke in Bremen und Berlin. Aber die gesamte Autoindustrie nutzt Corona schamlos. Sie buhlt um staatliche Verkaufsprämien und die Aufweichung der Klimaziele der Europäischen Union, um weiter große Spritschleudern und Klimakiller auf die Straße zu



Stephan Krull hat bei Volkswagen in der Lackiererei im Werk Wolfsburg gearbeitet, war dort Betriebsrat und in der IG Metall engagiert. Bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung koordiniert er den Gesprächskreis „Zukunft Auto Umwelt Mobilität“.

bringen. Die Weigerung, eine richtige Mobilitätswende einzuleiten, ist eine Kriegserklärung an die Beschäftigten und an den Klimaschutz.

Der Druck der vielfältigen Bewegung für eine Mobilitätswende war groß genug, um die Abwrackprämie zu verhindern – Vernunft hat sich durchgesetzt, auch wenn prominente Vertreter der IG Metall dagegen polemisieren. Die Probleme bei dieser Polemik der IG Metall: Mit dem BUND spricht sie sich für sozial-ökologische Wege aus der Krise aus. Sie ignoriert jedoch die Tatsache, dass die „big three“ Volkswagen, Daimler und BMW über Gewinnrücklagen von 180 Milliarden Euro verfügen. Sie schweigt zu der verfehlten Modellpolitik der Konzerne: VW und die anderen verkaufen lieber große, schwere, schnelle Autos mit drei Liter Hubraum als kleine, leichte und wendige Fahrzeuge mit drei Litern Spritverbrauch – das 3-Liter-Auto hat Volkswagen aus dem Programm gestrichen.

Beschäftigung in nachhaltiger Mobilität nicht geringer als in der gegenwärtigen Autogesellschaft

Eine Untersuchung im Auftrag der Böckler-Stiftung kommt zu dem Ergebnis, dass die Beschäftigung in nachhaltiger Mobilität nicht geringer sein wird als in der gegenwärtigen Autogesellschaft. Dieses „Wunder“ gelingt dadurch, dass nachhaltige Mobilität den Bau anderer Infrastruktur erfordert und den Bau und Betrieb von Bussen und Bahnen im Nah- und Fernverkehr, im Personen- und Güterverkehr. Einen Zeitraum von 15 Jahren, also bis 2035, halten die Wissenschaftler*innen für möglich und notwendig.

Solches Handeln ist geboten, um die Klimaziele zu erreichen und menschliches Leben zu sichern. Die politischen Weichen sind in diese Richtung zu stellen: Schluss mit der direkten und indirekten Subventionierung der Autoindustrie und dem Neubau von Straßen. Schluss mit der steuerlichen Begünstigung von Spritschleudern, großen Geschäftsfahrzeugen und langen Wegen zur Arbeit. Mehr Platz für sanfte Mobilität in der Stadt, für zu Fuß gehende, Kinderwagen schiebende und Rollstuhl fahrende Personen. Und eine gute Anbindung ländlicher Räume an einen intelligenten öffentlichen Verkehr durch smarte Angebote. Die Regierung wird sich zu solcher Politik ohne gesellschaftlichen Druck nicht durchringen. Ein demokratischer Prozess in Transformationsräten, in regionalen Mobilitätsräten unter Einbeziehung der Gewerkschaften, der Umwelt-, Verkehrs- und Verbraucherinitiativen sowie der ansässigen Bevölkerung könnte genau diesen Druck aufbauen und entfalten. Der Bau von Autos, vor allem Elektroautos, wäre ja nicht vorbei – nur sehr reduziert. Der Verluste an Arbeitsplätzen in diesem Bereich wird kompensiert unter anderem durch zusätzliche Produktionskapazitäten in der Bahnindustrie. Dabei handelt es sich auch um Produktion aus dem Organisationsbereich der IG Metall, so dass die Kraft der Gewerkschaft gar nicht kleiner würde.

Wenn neben der Mobilitätswende noch die kollektive Arbeitszeitverkürzung auf die Tagesordnung kommt, dann klappt es vollends mit Beschäftigungssicherung und einem guten Leben für Alle. ■



FOTO: FERNANDOZHIMINACELA/PIXABAY

Wofür streiten im Gesundheitswesen?

Kalle Kunkel

Die Kämpfe um die Welt nach der ersten Corona-Welle sind bereits in vollem Gange. Für Deutschland wurden nach den zahlreichen unmittelbaren „Rettungsmaßnahmen“ mit dem Koalitionsbeschluss zur Konjunkturankurbelung zentrale Weichen gestellt.

Die Rede von der „Welt nach Corona“ ist richtig und falsch zugleich. Falsch, wenn der Eindruck erweckt wird, dass die Corona-Krise grundsätzlich etwas an den politischen Forderungen geändert hat. Richtig, weil die Krise durchaus für institutionelle Verschiebungen und Veränderungen in den Legitimationsbezügen gesorgt hat. Die folgenden Forderungen waren dementsprechend vor Corona genauso richtig wie danach. Es soll jedoch im Folgenden darum gehen, an welchen Stellen sich die Bedingungen zu deren Durchsetzung möglicherweise verbessert haben:

1. Bedarfsorientierung der Krankenhausversorgung

Der Kern der neoliberalen Gesundheitsreformen bestand darin, Gesundheitsleistungen als bezahlbare Dienstleistungen zu etablieren. Zugespitzt im DRG-System zur Krankenhausfinanzierung: die Krankenhäuser bekommen fast nur Geld für konkret behandelte Patientinnen und Patienten. In der Corona-Krise ist deutlich geworden, dass Krankenhäuser jedoch eine Infrastruktur sind die nicht einfach pro „Fall“ finanziert werden kann. Die Analogie zur Feuerwehr hat es inzwischen bis in die Comedy-Sendungen geschafft. Institutionell hat sich dies in der Krise durch die Einführung eine Vorhaltepauschale für leere Betten niedergeschlagen um auf Covid-19-Pa-



Kalle Kunkel hat als Gewerkschaftssekretär die Streiks zu Personalbemessung an der Charité in Berlin mitorganisiert. Er ist in der Kampagne „Krankenhaus statt Fabrik“ aktiv.

tinertInnen vorbereitet zu sein. Zugleich ist das DRG-System selbst delegitimiert. Aus Berlin gibt es die Ankündigung, eine Bundesratsinitiative zu deren Abschaffung zu starten. Diesen Konflikt zuzuspitzen, hat hohe strategische Bedeutung. Die LINKE muss diese Auseinandersetzungen auch aus den Ländern, in denen sie mitregiert, forcieren.

2. Die Rückkehr der Planung

Durch die Krise ist ebenfalls deutlich geworden, dass Gesundheitsversorgung auf eine gesellschaftlich ausgehandelte politische Planung angewiesen ist. Die Länder haben sich zum Teil in entsprechenden Gesetzen zum Durchgriff auf die Krankenhäuser ermächtigt. Daraus muss eine Initiative zu einer echten politischen Bedarfsplanung auf Länderebene entwickelt werden. Die Bundesländer müssen ihr Planungsrecht in der Krankenhausversorgung offensiv nutzen und nicht einfach nur die Urteile des Marktes durch Abwicklung defizitärer Krankenhäuser nachvollziehen. Dafür müssen die Länder jedoch auch ihre Pflicht bei der Finanzierung der Investitionen erfüllen. Im Konjunkturpaket findet man zu der gesellschaftlichen Dauerbaustelle Investitionsstau in den Krankenhäusern nichts. Absurd angesichts der Aufmerksamkeit, die die Krankenhäuser in den letzten Monaten hatten.

3. Finanzierung der Sozialsysteme

Die Sozialversicherungssysteme stehen unter einem dauerhaften finanziellen Druck. Ein wichtiger Grund hierfür: hohe Einkommen werden durch Beitragsbemessungsgrenze und Privatversicherungen aus der Verantwortung genommen. Eine anteilig gleiche Einbeziehung höherer Einkommen, birgt ein Umverteilungspotential, das in seiner Wirkung je nach Konzept dem einer Vermögenssteuer entspricht. Die Corona-Krise verschärft den finanziellen Druck für das Sozialversicherungssystem durch zusätzliche Ausgaben und Wegfall von Einnahmen. Die große Koalition hat sich hier eine Verschnaufpause verschafft, die mit Steuergeldern die Probleme temporär verschiebt. 5,3 Milliarden Euro sind für Ausgleichszahlungen an die Sozialversicherung vorgesehen. Ob das kurzfristig ausreicht wird sich zeigen. Es löst in jedem Fall nicht die grundsätzlichen Probleme. Da aber aktuell auf der Ausgabenseite kaum – wie in den letzten Jahrzehnten – mit einer nicht zu rechtfertigen Kostenexplosion argumentiert werden kann, wird es nicht so einfach hier Kürzungen durchzusetzen. Damit nimmt auch hier der Problemdruck hin zu einer solidarischeren – also umverteilenden – Lösung zu.

Corona hat in jedem Fall viele politische Prozesse in Fluss gebracht. Ob zum Guten oder zum Schlechten wird sich in den anstehenden Kämpfen entscheiden.



FOTO: WILLFRIED WENDE/PXABAY

Corona-Lotterie – Wer gewinnt und wer verliert?

Christian Christen

Europas Wirtschaft befindet sich offiziell in der schwersten Wirtschaftskrise seit den 1930er Jahren. Wovor einige Beobachter früh warnten, ist mittlerweile Allgemeingut und spiegelt sich in wichtigen Kennzahlen: Die Konjunktur ist eingebrochen, die Arbeitslosigkeit steigt, die Kurzarbeit bleibt hoch (in Deutschland im Juni ca. 7 Millionen Personen), die Zahl der offenen Stellen sinkt und generell bleibt trotz Lockerungen die Aussicht für die Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen trübe. Ein Minus von bis zu 90 Prozent ist keine Seltenheit in der deutschen wie europäischen Automobil- und Touristikbranche (Flugverkehr, Kreuzfahrten) bei Großveranstaltungen und Messen, der Hotellerie (Übernachtungen) und bei Restaurants bis hin zur Kunst- und Kulturszene und dem stationären Einzelhandel jenseits von Lebensmitteln und Drogeriebedarf.

Die Erzählung von einer V-förmigen Konjunktorentwicklung (harter Einbruch, schnelle Erholung) war schon zu Beginn nur das übliche „Pfeifen im Wald“, diente der Beruhigung oder dokumentierte ein mangelhaftes Verständnis über die Funktion einer international eng getakteten und verflochtenen Wirtschaft. Natürlich gab und gibt es Gewinner, wie in jeder Krise. Die alte Weisheit „Wenn das Blut in den Straßen steht, lassen sich exorbitante Gewinne machen“ gilt auch heute. Beispielsweise stieg der Onlinehandel – vor allem der bekannten Platzhirsche – rasant. Die sprunghafte Vernetzung und die Videokonferenzen bescherten den Anbietern millionenfachen Zulauf und die Nachfrage nach Soft- wie Hardware erlebt einen Höhenflug. Die Schattenseite des Corona-Booms ist die weitere Kon-



Dr. Christian Christen ist Referent für Wirtschaftspolitik in der Bundestagsfraktion DIE LINKE

zentration der Einkommen und Vermögen am oberen Ende und die Arbeits- und Lebenssituation wurden noch deutlicher: Während die gut situierte Mittel- und Oberschicht schnell ins home office wechselte, war ein großer Teil der Beschäftigten selbst im Lockdown überall so „systemrelevant“, dass sie weiterarbeiten „durften“. Nicht nur im Gesundheits- und Pflegesektor zu den bekannten schlechten Bedingungen, sondern gleichfalls in der Lebensmittelindustrie, der Logistik und Transportbranche, dem Einzelhandel und den unzähligen Lieferdiensten.

Die Dienstleistungsgesellschaft ist eben oft nicht viel mehr als eine Dienstbotengesellschaft. Statt anständig hoher Bezahlung und guter sozialer Absicherung reicht es im Zweifel nur für Applaus und ein kostenloses Dankeschön. Es wundert also nicht, dass sich am seit Jahrzehnten bestimmten Trend der Umverteilung von unten nach oben durch die Pandemie nichts änderte. Warum auch? Vermögende und hohe Einkommensbezieher sind bislang die klaren Gewinner, auch und vor allem durch die über die öffentliche Hand ausgereichten Finanzmittel zur Stabilisierung der Einkommen und Konjunktur. Dagegen müssen weite Teile der Beschäftigten den Gürtel enger schnallen und sind einer noch ungewisseren Zukunft ausgesetzt. Auch hier zeigt die Pandemie in der Draufsicht natürlich ihre starken Unterschiede: Volkswirtschaften, die ohnehin schwere Probleme hatten (u.a. in Folge der Krise 2007, De-Industrialisierung oder aufgrund massiver Dominanz der deutschen Exportwirtschaft und den Verdrängungswettbewerb) werden ungleich schwerer getroffen.

Welche neuen Brüche auftreten, welche Unterschiede sich vertiefen und wie sie krisenverschärfend wirken, ist aber noch nicht ausgemacht. Es zeigt sich nur eins: Die Globalisierung steht still. Nicht vollends, aber in industriellen Kernbereichen ist die Dynamik von Produktion und globaler Verteilung der zurückliegenden Jahrzehnte ausgesetzt und sortiert sich neu. Ebenfalls ein Trend vor Ausbruch der Pandemie, der mehr an Fahrt gewinnt. Die deutsche „Wirtschaft“ und deren Politik trifft dies besonders, da die durch flächendeckendes Lohndumping und einen schlanken Staat auf Export getrimmten Leitbranchen (Automobil, Maschinen- und Anlagebau, Chemie) nicht allein durch die technologischen wie ökologischen Notwendigkeiten einer Transformation in die Zange genommen werden. Gleichzeitig stößt in kurzer Zeit pandemiebedingt das „Geschäftsmodell D“ mit seiner Exportfixierung an harte Grenzen. Binnenwirtschaftlich kann dies nicht einfach kompensiert werden, da parallel nach Art prekärer „Flip-Flop Ökonomien“ wie in Entwicklungsländern agiert worden ist: Alles darf möglichst nichts kosten, die Infrastruktur wird bis heute auf Verschleiß gefahren und die hohen Vermögen, Einkommen und über Jahre erzielten gestiegenen Unternehmensgewinne nicht hinreichend produktiv und innovativ genutzt.

Die Corona-Pandemie wirkt letztlich ökonomisch wie eine Neutronenbombe: Fabriken, Geschäfte und die materielle Infrastruktur sind unbeschädigt, aber nun zeigen sich wie im Brennglas in sehr kurzer Zeit die Probleme des so konstruierten „normalen“ Wirtschaftskreislaufs und des darum angesiedelten sozialen Lebens. Die einfache Rückkehr zum Zustand vor der Pandemie wird es deshalb auch bei uns kaum geben, denn letztlich sind alle maßgeblichen Volkswirtschaften einem so schweren Schock mit ganz eigener Dynamik ausgesetzt. Es herrscht ein hohes Maß an fundamentaler Unsicherheit, was Gift ist für jede positive ökonomische Entwicklung die immer auch Planbarkeit, Übersichtlichkeit und Stabilität braucht. In dieser Hinsicht ist es nicht endgültig klar, wer als Subjekt, als Branche oder Unternehmen oder gar als Volkswirtschaft am Ende zu den Gewinnern und wer zu den Verlierern der Pandemie gehören wird, zumal dessen „Ende“ noch nicht ausgemacht ist. Nur eins ist ziemlich gewiss: Von alleine oder automatisch wird sich auch durch diese Krise gar nichts zum Besseren wenden – weder sozial noch ökologisch. ■

Plädoyer für kürzere Arbeitszeiten in der Pflege

Jan Richter

Am internationalen Tag der Pflege im Mai erfuhr der Pflegeberuf im Bundestag aufgrund der Corona-Pandemie erhöhte Aufmerksamkeit. Die Neuinfektionen sanken und verlangsamten sich und alle hatten noch den Applaus der Bevölkerung für die Beschäftigten in den Krankenhäusern im Ohr. Vielen wurde in dieser Zeit klar, auf welche Jobs wir nicht verzichten können und einigen, wie wenig uns diese Jobs bisher interessiert haben. Auch im Bundestag wurde stehend applaudiert. Erst auf Anfrage von DIE LINKE kam heraus, dass sich bis dahin bereits über 11.000 Beschäftigte, die Covid-19-Patienten versorgen, mit dem Virus angesteckt hatten, zwei Dutzend daran sogar verstorben sind. Gegen den rückläufigen Trend infizierten sich hier pro Woche mehr als 1.000 Kolleginnen und Kollegen.

Die Mär vom Fachkräftemangel

Der Schlüssel für die längst überfällige Umverteilung der Arbeitszeit liegt dabei in der Pandemie selbst. Denn kürzere Arbeitszeiten im Gesundheitswesen retten nachweislich Leben und schützen die Gesundheit von Beschäftigten und Patienten. Das Verhältnis zwischen Schichtdauer und Überlebenschancen der Patienten sowie der Ansteckungswahrscheinlichkeit der Beschäftigten wurde auch im chinesischen Wuhan deutlich. Statt weiterer Be- und Überlastung sanken ab dem Moment, als die Schichten auf sechs Stunden halbiert wurden, die Behandlungsfehler sowie Infektions- und Sterberaten deutlich.

Dafür braucht es mehr Personal. Das zu organisieren liegt in der Verantwortung der Arbeitgeber und ist nicht Aufgabe der abhängig Beschäftigten. Derzeit lechzt die Branche nach den Pflegekräften, die Jens Spahn in allen Ecken der Welt anzuwerben versucht. Anstatt die 400.000 ausgebildeten Fachkräfte hierzulande zurückzugewinnen, die ihren Beruf aufgrund mieser Arbeitsbedingungen und schlechter Entlohnung aufgegeben haben. Aktuell flüchten sich viele Pflegekräfte in Teilzeit, um den Job durchzuhalten. Den Arbeitgebern, die gern über den Fachkräftemangel jammern, sei gesagt: Schafft attraktive Bedingungen und bildet aus – inklusive tariflicher Bezahlung, kürzeren Arbeitszeiten und verbindlichen Personalschlüsseln. So gewinnt man Ehemalige zurück und sichert zukünftig Beschäftigung.

Die Mär von Maß und Mitte

DIE LINKE erhebt auch in Zeiten einer Notlage ihre Stimme für die Rechte abhängig Beschäftigter. Erst recht, wenn diese in dem Maße gefährdet sind, wie es jüngst die Kolleginnen und Kollegen in den Krankenhäusern waren. Dann muss der Staat eingreifen und den Schutzcharakter des Arbeitszeitgesetzes stärken. Schon allein aus Gründen des Arbeitsschutzes hätte dieser Wahnsinn der Ausweitung der Arbeitszeiten auf täglich bis zu 12 Stunden niemals stattfinden dürfen. Mir schwillt der Kamm, wenn die neoliberale Bagage im Bundestag klatscht. Ausgerechnet diejenigen, die beim Thema Arbeitsmarkt verlässlich „Maß und Mitte halten“ predigen (wofür man ihnen eigentlich eine klatschen müsste). Praktische Wertschätzung im Bundestag geht anders: Hier erwarten die Beschäftigten in der Pflege gesetzgeberische Maßnahmen für eine tatsächliche Aufwertung ihrer Arbeitsbedingungen. Das wäre glaubhaft und hätte Applaus verdient. ■



Jan Richter ist
Bundessprecher der
AG Betrieb & Gewerkschaft

Beschlusslage Vier-Tage-Woche

Ulrike Eifler

Welche strategischen Fragen stellen sich für DIE LINKE im Angesicht einer Krise, die noch bevor sie richtig da ist, zur schwersten seit 1929 wird? Die dramatische Zunahme von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit haben Katja Kipping dazu bewogen, die Vier-Tage-Woche zu fordern. Diese mache Arbeitnehmer produktiver und glücklicher.

DIE LINKE sollte darüber streiten, ob sie zum Ratgeber für Produktivitätssteigerungen werden möchte. In den letzten 150 Jahren ist das den Unternehmen auch ohne Hilfe von links ganz gut allein gelungen – nicht selten übrigens zu Lasten der Gesundheit ihrer Beschäftigten. Streiten sollten wir auch, ob die Vier-Tage-Woche Arbeitnehmer unter den Bedingungen von Niedriglohn und prekären Jobs glücklicher machen kann: Für die alleinerziehende Krankenpflegerin bleibt der Schichtbetrieb auch an vier Tagen in der Woche eine Herausforderung.

Dennoch ist die Forderung im Grundsatz nicht falsch. Wenn die Arbeitslosigkeit steigt, ist die gerechte Verteilung von Arbeit folgerichtig. Problematisch wäre es, sie ohne Lohnausgleich zu fordern und den Beschäftigten auf diese Weise die Löhne zu kürzen. Das hat Katja Kipping nicht getan. Die Forderung nach einem neuen Kurzarbeitergeld ist zumindest der Versuch, eine ausreichende Bezahlung mitzudenken.

Das Problem besteht vielmehr darin, dass der Vorschlag die Wechselwirkung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse ausblendet. Kämpfe um die Zeit waren nie einfach, denn sie fordern das Kapital an der Verfügungsgewalt über die Ware Arbeitskraft heraus. Sie wollen die Frage, wann der Arbeitstag beendet ist und bezahlte Überstunden anfallen, neu regeln. Nicht ohne Grund konnte 1919 der Acht-Stunden-Tag nur durch die Wucht der Novemberrevolution durchgesetzt werden. Und 1984 waren für die 35-Stunden-Woche sechs Wochen Streik notwendig. Eine intensive strategische Planung in der IG Metall und eine breite gesellschaftliche Unterstützung hatten aus der tarifpolitischen Forderung eine gesellschaftspolitische Auseinandersetzung gemacht.

Im Unterschied zu 1984 stehen Beschäftigte heute mit dem Rücken zur Wand. Kurzarbeit und Massenentlassungen verändern die Bedingungen für Arbeitskämpfe. Gegenwärtig gelingt es noch nicht einmal, die Prämienzahlungen an Pflegekräfte auf alle Krankenhausbeschäftigten, auf Erzieher, Busfahrer oder Verkäufer auszuweiten – und das obwohl sie vor wenigen Wochen noch als systemrelevant beklatscht wurden.

Verkündungen in Sommerinterviews sind also das eine. Der Prozess, in dem sich betriebliche Stärke mit der gesellschaftlichen Debatte über die Frage, wie wir leben wollen, verbindet, etwas anderes. Gewerkschaftliche Verankerung und breite Bündnisse wären nötig, um in der aktuellen gesellschaftlichen Krisensituation eine derart große Forderung durchzusetzen. DIE LINKE darf die Strategiediskussion der Gewerkschaften also nicht vom Zuschauerrang kommentieren, sondern muss Teil eines Teams sein, das gemeinsam auf den Platz geht. ■



FOTO: JEVRATNAM CANICEUS/PIXABAY

Die Europäische Linke (EL) und die Coronakrise

Heinz Bierbaum

Die Corona Pandemie hat die ohnehin bestehende Krise in Europa noch einmal deutlich verschärft und die EU in eine Existenzkrise gestürzt. Die europäische Politik ist gescheitert, was sich insbesondere im Gesundheitswesen zeigt. In dieser Situation ist die Europäische Linke (EL) gefordert, sich zu positionieren und Wege aufzuzeigen, wie man aus dieser Krise herauskommt.

Sie hat nun eine Plattform mit dem Titel „Die Corona Krise und ihre Konsequenzen für die Europäische Politik“ vorgelegt. Ausgehend von der Feststellung des tiefgreifenden Charakters der Krise, die als eine systemische Krise interpretiert wird, werden Aktivitäten in fünf Bereichen gefordert. Zunächst geht es um einen umfassenden Schutz der Bevölkerung. Dies erfordert eine Stärkung des Gesundheitssystem auf europäischer Ebene. Konkret wird die Einrichtung eines Europäischen Gesundheitsfonds in Höhe von 100 Milliarden Euro gefordert, dessen Finanzierung über die EZB erfolgen soll. Einen zweiten Bereich stellt die Wirtschaft dar, auf den weiter unten eingegangen wird. Drittens warnt die EL davor, die Bekämpfung des Virus als Vorwand zum Abbau von Demokratie zu nehmen. Notwendige Beschränkungen müssen die Ausnahmen bleiben und dürfen nicht zum Dauerzustand werden. Viertens fordert die EL, die Coronakrise zum Anlass zu nehmen, um Abrüstung und Frieden in den Mittelpunkt der Politik zu stellen. Dabei sind insbesondere die Militärausgaben drastisch zugunsten



Heinz Bierbaum ist
Präsident der Partei der
Europäischen Linken

der Ausgaben für die Gesundheitsversorgung zu reduzieren. Und fünftens gilt es, verstärkt internationale Solidarität zu praktizieren.

Kernstück ist eine radikale Änderung in der europäischen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Die Austeritätspolitik muss beendet werden. Maßnahmen zum wirtschaftlichen Wiederaufbau sind notwendig. Im Zentrum steht ein wirtschaftliches Aufbauprogramm. Das von der EU-Kommission vorgeschlagene und gegenwärtig in der Beratung befindliche 750-Milliarden-Programm stellt einen Schritt in diese Richtung dar. Es ist allerdings deutlich zu gering. Doch es stellt einen Paradigmenwechsel in der EU-Politik dar und ist ein Schritt in die richtige Richtung. Denn damit ist eine gemeinschaftliche Schuldenaufnahme verbunden, was bisher immer abgelehnt wurde. Allerdings ist die Anbindung an das „Europäische Semester“ und damit an die nationale Haushaltsdisziplin klar abzulehnen. In diesem Zusammenhang ist auch der Wachstums- und Stabilitätspakt nicht nur vorübergehend, sondern dauerhaft aufzuheben. Die von der Linken seit langem geforderten Eurobonds sind weiterhin notwendig, stellen sie doch ein einfaches Instrument ökonomischer Solidarität durch die gemeinschaftliche Haftung dar, wodurch die Zinsen auch für die Länder niedrig sind, die ansonsten stärker belastet würden.

Das geforderte Investitionsprogramm soll vor allem auf die notwendige ökologische Konversion der Industrie ausgerichtet sein und dabei die sozialen Belange berücksichtigen, mithin der sozial-ökologischen Transformation dienen. In diesem Zusammenhang wird auf das vom ITUC initiierte Programm „Just Transition“ verwiesen, das eben die Verbindung von ökologischen und sozialen Erfordernissen zum Inhalt hat. Zur Finanzierung soll die EZB herangezogen werden, deren Mandat in diese Richtung zu ändern ist.

Gefordert ist ein radikaler politischer Richtungswechsel. Bei der notwendigen politischen Veränderung als Konsequenz der tiefgreifenden Krise müssen freilich die Kräfteverhältnisse berücksichtigt werden. Diese begünstigen gegenwärtig keine linke und progressive Alternative. Vielmehr droht die Gefahr einer autoritären, nationalistisch geprägten Antwort auf die Krise, wie dies beispielsweise in Ungarn zu beobachten ist. Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, dass die Linke aufhört, sich ständig zu zerstreuen, sondern zu einer klaren Orientierung findet, was unterschiedliche politische Positionen keineswegs ausschließt. Dabei ist die europäische Zusammenarbeit von größter Bedeutung. Das jährliche „Europäische Forum“ bietet dafür eine gute Plattform. Die Linke wird nur stark werden, wenn sie zu einem gemeinschaftlichen gesellschaftlichen Projekt findet, dass die Unterstützung wesentlicher gesellschaftlicher Kräfte genießt. Dazu zählen die sozialen Bewegungen ebenso wie die Gewerkschaften. Es gilt die Bewegungen gegen den Klimawandel („Fridays for future“) oder auch für eine humane Migrationspolitik zu unterstützen. Den Gewerkschaften kommt eine besondere Bedeutung zu, weil sie im Zentrum der zu erwartenden sozialen Auseinandersetzungen um die Frage, wer denn die Kosten der Krise tragen soll, stehen werden. Sie werden im Hinblick auf Löhne und Arbeitsbedingungen erheblich unter Druck geraten. Es wird Aufgabe der Linken sein, sich für eine offensive gewerkschaftliche Politik, die betriebliche Interessen mit gesellschaftlicher Perspektive verbindet, einzusetzen. ■

DIE LINKE.
& betrieb
gewerkschaft

wird herausgegeben vom
Partei Vorstand der Partei DIE LINKE,
AG Betrieb & Gewerkschaft
Kleine Alexanderstraße 28,
10178 Berlin

Bankverbindung:
Berliner Volksbank eG
IBAN: DE38100900005000600000

Telefon: (030) 24 00 93 59

E-Mail: ag.bg@die-linke.de

Layout: Michael Pickardt

Redaktion: Ulrike Eifler, Michael Frey,
Jan Richter, Jana Seppelt

Gezeichnete Artikel geben die Meinung
der Autoren, nicht der Redaktion
wieder.